

Es informiert Sie	Gabriele Schubert
Telefon (0202)	563 6322
Fax (0202)	563 8031
E-Mail	gabriele.schubert@stadt.wuppertal.de
Datum	16.12.03

Niederschrift

über die öffentliche/nichtöffentliche Sitzung des Rechnungsprüfungsausschusses am 09.12.2003

Anwesend sind:

Vorsitz

Frau Nicole Kleinert ,

von der CDU-Fraktion

Herr Klaus Gericke , Herr Horst Hombrecher , Herr Dirk Jaschinsky , Frau Andrea Winterhager (für Herrn Arnold Norkowsky),

von der SPD-Fraktion

Herr Matthias Dohmen (für Herrn Peter Wülfing), Herr Arif Izgi , Herr Richard Reczko , Frau Ingrid Rode , Frau Renate Warnecke ,

von der FDP-Fraktion

Herr Jürgen Henke ,

berat. Mitglied § 58 I GO NRW

Herr Paul Yves Ramette (für Herrn Peter Vorsteher),

von der Verwaltung

Herr Dr. Hans Kremendahl , Herr Dr. Johannes Slawig , Frau Marlis Drevermann , Herr Udo Hackländer , Herr Dr. Stefan Kühn , Herr Thomas Uebrick ,

Herr Norbert Dölle (403.1), Herr Claus-Jürgen Kaminski (401), Herr Ulrich Kronenberg (000), Herr Thorsten Wagner (GMW.PM), Herr Peter Kobelt , Herr Uwe Waldinger , Herr Wolfgang Herbener , Frau Martina Schmidt , Herr Hans-Jürgen Stratmann , Prüferinnen und Prüfer (002),

Schriftführerin

Frau Gabriele Schubert ,

Beginn: 16:02 Uhr

Ende: 17:07 Uhr

Vor Eintritt in die Tagesordnung entschuldigt die **Vorsitzende** Herrn Bayer. Sie stellt fest, die Einladung sei fristgerecht zugegangen. Auf Nachfrage der Vorsitzenden werden keine Einwände gegen die Niederschrift der letzten Sitzung erhoben. Es werden keine Bemerkungen zur Tagesordnung gemacht.

I. Öffentlicher Teil

1 **Schlussbericht des Rechnungsprüfungsamtes über die Prüfung der Rechnung 2002** **Vorlage: VO/2284/03 Öffentl.**

Der Rechnungsprüfungsausschuss beschließt, den gesamten Schlussbericht 2002 in öffentlicher Sitzung zu beraten.

Einstimmigkeit

Herr Kobelt gibt im Laufe der nachfolgenden Erörterung folgende Korrekturen bekannt:

1. Auf S. 102, vorletzter Absatz, drittletzte Zeile, müsse es anstatt „1991“ richtig „2001“ lauten.
2. Auf S. 169, zu UA 9470 müsse es in der Tabelle, Spalte „Differenz RE 2001/RE 2002 %“, anstatt 370,0 -7,3 und anstatt 421,0 -14,7 lauten.
3. Auf S. 11, vierter Absatz von oben, müsse es anstatt „Finanzkommission“ „Finanzausschuss“ heißen.

Die **Vorsitzende** schlägt vor, den Schlussbericht 2002 anhand der Zusammenstellung der Prüfungsbemerkungen auf S. 7 des Berichts zu beraten. Der Ausschuss ist damit einverstanden.

S. 64, B/3 W

Die **Vorsitzende** fragt, wann mit der entsprechenden Drucksache zu rechnen sei.

Frau Drevermann antwortet, sie hoffe dass dies Ende des Jahres mit der organisatorischen Übergabe des Fuhlrott-Museums in den Stadtbetrieb (SB) 213 erfolgen könne. Sie stellt eine Berichterstattung in der nächsten Sitzung des Rechnungsprüfungsausschusses in Aussicht.

S. 95, B/5 W

Herr Dr. Kühn berichtet, eine Überarbeitung der Dienstanweisung werde im ersten Quartal 2004 vorgelegt.

S. 96, B/6

Die **Vorsitzende** fragt nach dem Sachstand der Angelegenheit.

Herr Uebrick antwortet, seiner Kenntnis nach sei die pauschale Restebereinigung in Angriff genommen worden. Er könne dem Protokoll eine schriftliche Ausführung beifügen. Auf Nachfrage von **Herrn Gericke** ergänzt **Herr Uebrick**, es sei ein entsprechendes Schreiben an die Kämmerei gerichtet worden.

Herr Dr. Slawig stellt klar, dass über die Bereinigung von Resten nicht die Kämmerei sondern die Fachverwaltung entscheide.

Der Rechnungsprüfungsausschuss bittet Herrn Uebrick, in Form einer schriftlichen Anlage zur Niederschrift oder zur nächsten Sitzung über den Sachstand der pauschalen Restebereinigung bei den Gebührenforderungen zu berichten.

S. 103, H

Frau Kleinert bittet die Verwaltung zu erläutern, wie es zu der Entwicklung gekommen ist.

Herr Dr. Kühn antwortet, man habe nicht ergründen können, wie es zu der Erhöhung der Telefonkosten gekommen sei, es sei aber ein Controllingssystem installiert worden, mit dem solchen Entwicklungen frühzeitig begegnet werden könne.

Herr Waldinger erläutert, Grund für die erhöhten Telefonkosten sei gewesen, dass es in dem betreffenden Bereich noch keine Internet-Anbindung an das städtische System gegeben habe sondern bei der Telekom angemeldete Internetanschlüsse, die inzwischen umgestellt sein sollen.

Herr Dr. Kühn ergänzt, dies rechtfertige allerdings nur einen Teil der Erhöhung. Rund 50 % des Betrages beruhen auf Telefonkosten.

Frau Kleinert fragt, inwieweit es in der Verwaltung die Möglichkeit einer privat-PIN oder Ähnliches gebe.

Herr Dr. Slawig bemerkt, bisher seien alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gehalten, im Rahmen einer Selbsteinschätzung ihre privat verursachten Telefonkosten zu zahlen. Da dieses Verfahren unbefriedigend sei, werde ab Februar 2004 ein Kartensystem für private Telefongespräche eingeführt, bei dem die Mitarbeiter/-innen bei verschiedenen Anbietern Karten erwerben könnten. Er erläutert das geplante Verfahren.

S. 123, H

Frau Warnecke bemerkt, sie verstehe nicht, warum die dezentrale Ressourcenverantwortung durch fehlende Akzeptanz nicht zum beabsichtigten Effekt der Wirtschaftlichkeitssteigerung beitragen solle. Sie könne nicht nachvollziehen, was die zu leistenden Mietzahlungen mit der Wirtschaftlichkeit zu tun hätten.

Frau Schmidt erläutert, die Mietzahlungen würden in Teilbereichen nicht akzeptiert, da die ihnen zu Grunde liegenden Angaben nicht nachvollzogen werden könnten. Einsparungen könnten aber von den zahlenden Leistungseinheiten nur angestrebt werden, wenn sie die hierfür erforderlichen Grundlagen, wie z. B. Quadratmeterangaben, hätten.

Herr Dr. Slawig führt aus, für das Jahr 2002 seien diese Bemerkungen richtig gewesen. Einige Leistungseinheiten hätten sich geweigert die Mietverträge zu unterschreiben, weshalb dann im Wege der Ersatzvornahme die Geschäftsbereichsleitung unterschreiben musste und wenn dies auch nicht geschehen sei, die Beträge trotzdem umgebucht worden seien. Im Jahr 2003 sei das Problem der Berechnungsgrundlagen ausgeräumt worden. Es sei deutlich mehr Transparenz und dadurch auch Akzeptanz entstanden.

Herr Dr. Kühn bemerkt, es gehe in vielen Bereichen nicht um die Akzeptanz des Systems sondern vielmehr darum, dass den Leistungseinheiten noch nicht die erforderlichen Zahlen vorlägen, um die intendierten Steuerungsziele zu verfolgen. In seinem Bereich sei es z. B. bei den Kindergärten so, dass nicht immer erkennbar sei, worauf sich die Verbräuche bezögen. Inzwischen sei ein Verfahren mit dem GMW gefunden worden, das verhindere, dass sich Schäden aus der Abrechnung mit dem Landschaftsverband ergäben. Trotzdem sei hier noch einiges nachzuarbeiten.

Herr Gericke verweist auf die Ausführungen zum zweiten H auf S. 123 des

Schlussberichts. Er fragt mit Hinweis auf die schon für das Prüfungsjahr 2000 vom Wirtschaftsprüfer des GMW vorgelegten Kennzahlen, ob der zitierte Abgleich der Kennzahlen zum Aufbau eines Controllings inzwischen stattgefunden habe.

Frau Schmidt antwortet, der Abgleich mit dem RPA habe bisher nicht stattgefunden.

Herr Wagner sagt einen Bericht zur nächsten Sitzung des Rechnungsprüfungsausschusses zu.

Auf Anregung von Herrn Gericke bittet der Rechnungsprüfungsausschuss darum, den Bericht zum Protokoll der Sitzung zu erhalten.

S. 138, B/7

Herr Gericke fragt, warum die Sollstellung nicht erfolgt sei, und worum es sich bei der als Grund genannten Schnittstellenproblematik handele.

Herr Uebrick antwortet, die erforderliche Abstimmung von Software-Programmen habe nicht rechtzeitig erfolgen können, wodurch die Verbuchung nicht fristgemäß durchgeführt worden sei.

Herr Dr. Slawig ergänzt, es habe zusätzlich eine längere Vakanz in einer Planstelle gegeben.

Auf die Frage der **Vorsitzenden** antwortet **Frau Schmidt**, es sei kein Schaden entstanden.

S. 145, B/8

Herr Hombrecher fragt, ob die Rückstände im Jahr 2003 aufgearbeitet worden seien.

Herr Dohmen fragt, warum es trotz einer hohen Einnahmeerwartung nicht aufgefallen sei, dass hier keine Einnahmen eingegangen seien. Er verstehe nicht, warum keine Gegensteuerungsmaßnahmen ergriffen worden seien.

Herr Dr. Slawig antwortet, die betreffenden Einnahmen seien nicht verloren sondern seien verspätet im Jahr 2003 abgerechnet worden, so dass ein Zinsschaden aber kein dauerhafter Einnahmeausfall entstanden sei. Grund für die dargestellte Situation sei die Erkrankung des Sachbearbeiters.

Frau Schmidt ergänzt, von den 2002 und 2003 jeweils abzuarbeitenden 1 Mio. € seien insgesamt inzwischen 1,3 Mio. € abgearbeitet worden.

Der Rechnungsprüfungsausschuss bittet die Fachverwaltung in Form einer schriftlichen Anlage zur Niederschrift zu beantworten, wann ein Controlling einsetzt, wenn erwartete Einnahmen ausbleiben bzw. warum in dem betreffenden Fall keine Maßnahmen ergriffen wurden. Zusätzlich soll ein Sachstandsbericht zur Aufarbeitung der Rückstände erfolgen.

Beschluss des Rechnungsprüfungsausschusses vom 09.12.2003:

Der Rechnungsprüfungsausschuss beschließt die Drucksache Nr. VO/2284/03 Öffentl. gemäß Beschlussvorschlag.

Einstimmigkeit

-
- 2** **Übermittlung des Ergebnisses über die Prüfung der Entscheidungen aus
delegierten Sozialhilfeaufgaben**
Vorlage: VO/2196/03

**Der Rechnungsprüfungsausschuss nimmt die Drucksache Nr. VO/2196/03
ohne Beschluss entgegen.**

-
- 3** **Verschiedenes**

Keine Wortmeldungen

Kleinert
Vorsitzende

Schubert
Schriftführerin